Debatte um Lokführerstreik

Zwangsschlichtung - eine Lösung?

Gegenseitige Schuldzuweisungen und Streiks: Im Bahn-Tarifkonflikt ist weiter keine Lösung in Sicht. Oder doch? Unionspolitiker bringen jetzt eine Zwangsschlichtung ins Gespräch und entfachen damit eine neue Debatte über das geplante Tarifeinheitsgesetz.

Von Jörg Dinkel, SWR, ARD-Hauptstadtstudio

Leere Gleise, volle Busse und Straßen: Seit heute Nacht um 2.00 Uhr geht im Personenverkehr der Bahn so gut wie nichts mehr. 127 Stunden dauert dieser Arbeitskampf - der längste in der Geschichte der Bahn-AG - in einem schier unendlichen Tarifkonflikt. Eine Lösung? In weiter Ferne.

Schlichtung nach einer bestimmten Zeit?

GDL-Chef Claus Weselsky lehnt eine Schlichtung weiterhin ab und so werden die Rufe nach einer Zwangsschlichtung wieder lauter, unter anderem aus dem Wirtschaftsflügel der Union. Fraktions-Vize Michael Fuchs sagte im ARD-Morgenmagazin: "Man kann natürlich durchaus sagen, nach einer bestimmten Zeit muss geschlichtet werden. Das müssen wir dann ins Gesetz einbringen." Gegen Streik sei er generell aber nicht, stellte er klar: "Das ist ein Grundrecht."

Hofreiter: Tarifeinheitsgesetz in den Papierkorb

Mit dem Gesetz meint er das geplante Tarifeinheitsgesetz. Dieses sieht vor, dass künftig in einem Betrieb der Tarifvertrag gilt, den die mitgliederstärkste Gewerkschaft ausgehandelt hat. Doch gerade dieses geplante Gesetz befeuere den aktuellen Konflikt bei der Bahn, sagte Anton Hofreiter, der Grünen-Fraktionschef, im SWR. Es verführe die Gewerkschaften zu einem Konkurrenzkampf: "Das Tarifeinheitsgesetz gehört in den Papierkorb, es hat bereits jetzt, wo es noch gar nicht in Kraft ist, schon Unmengen Schaden angerichtet." Eine ganze Reihe von Kämpfen, insbesondere bei der Bahn, seien dadurch verschärft worden. "Das Gesetz erreicht das Gegenteil von dem, was es vorhatte."

Auch Heiner Geißler, der frühere CDU-Generalsekretär, fordert die Bundesregierung auf, ihren Gesetzentwurf zur Tarifeinheit zurückzuziehen. Im SWR sagte Geißler: "Der Staat darf nicht in die Tarifautonomie eingreifen. So lange dieser Gesetzentwurf wie ein Damoklesschwert über den Tarifvertragsparteien hängt, wird eine vernünftige Entscheidung nicht zustande kommen."

Zwangsschlichtung vorschreiben?

Doch die Bundesregierung hält am Tarifeinheitsgesetz fest. Verkehrsminister Alexander Dobrindt könnte sich aber durchaus vorstellen, eine Zwangsschlichtung vorzuschreiben. Diese politische Debatte sei aber noch ganz am Anfang, sagte er gestern in Berlin. "Ich habe aber Sympathie dafür, dass man Schlichtungen auch zu einem Regelfall denken kann, wenn man sieht, dass so wie jetzt gerade, alle Schlichtungsbemühungen von vornherein abgelehnt werden."

Gegen eine Zwangsschlichtung hat sich die Reutlinger Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke ausgesprochen. Gegenüber dem SWR sagte die Arbeits- und Sozialexpertin, eine

Zwangsschlichtung sei ein Angriff auf die Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften. Der Streik sei das einzige Instrument für abhängig Beschäftigte auf Augenhöhe, mit den Unternehmen zu verhandeln.